

FDP Bremen - Violenstraße 47 - 28195 Bremen

**animal public e.V.**  
Postfach 11 01 21  
40501 Düsseldorf

Nur per E-Mail : [info@animal-public.de](mailto:info@animal-public.de)

**FDP Landesverband Bremen**  
Dr. Magnus Buhler, MdBB  
- stellv. Vorsitzender -

Violenstraße 47  
28195 Bremen

**Telefon:** +49 172 174 34 65

**E-Mail:** [buhler@fdp-bremen.de](mailto:buhler@fdp-bremen.de)  
**Internet:** [www.fdp-bremen.de](http://www.fdp-bremen.de)

Bremen, 03.04.2019

## Wahlprüfsteine animal public e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Fragen. Wir haben am 6. März 2019 unser Wahlprogramm beschlossen. Sie finden es unter [www.fdp-bremen.de](http://www.fdp-bremen.de). Zugleich beantwortet das Wahlprogramm der FDP nicht alle Ihre Fragen. Die Antworten entsprechen dem, was wir in der Vergangenheit vertreten haben, was wir vorhaben und in Zukunft vertreten wollen.

Gern beantworte ich Ihre Fragen als stellv. Vorsitzender der FDP Bremen.

*Spricht sich Ihre Partei für die Verbesserung des bestehenden Verbandsklagerechtes in Bremen aus? Wenn ja, wie wird sie sich dafür einsetzen?*

Wir Bremer Freie Demokraten halten die Möglichkeiten zur Verbandsklage in Bremen prinzipiell für ausreichend. Lediglich im Kontext des für den Tierschutz nicht relevanten Bereichs der Klagemöglichkeiten von Verbänden, die die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertreten, diskutieren wir eine Erweiterung der Möglichkeiten.

*Wird sich Ihre Partei für die Einführung einer/s hauptamtlicher/n, unabhängiger/n Landestierschutzbeauftragten/r in Bremen einsetzen?*

Wir halten die derzeitige Organisation des Tierschutzes für ausreichend.

*Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Tierschutz als einen wesentlichen Bildungsauftrag anzuerkennen?*

Ja, denn den Schutz von Tieren zu gewährleisten und ihre Bedürfnisse zu kennen halten wir für wichtig. Dies schärft das Wissen über die Bedürfnisse unserer Mitgeschöpfe.

*Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit der Tierschutz verpflichtend schon ab der Grundschule in die Lehrpläne, die Prüfungsordnungen der Lehrerausbildung sowie in das Schulgesetz aufgenommen wird?*

Wir werden das Thema anbringen, wenn die Rahmenbildungspläne diskutiert werden.

*Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Privathaltung von Wildtieren durch Positivlisten zu regulieren?*

Wir Freie Demokraten lehnen starre artenbezogene Haltungsverbote im Wege von Positiv- und Negativlisten ab, weil wir der Überzeugung sind, dass sie unverhältnismäßig sind und allenfalls zu einem schwer kontrollierbaren grauen Markt führen. Dem Tier- und Artenschutz wäre damit nicht geholfen. Stattdessen wollen wir die Sachkunde von Tierhaltern fördern und auch verstärkt einfordern. In diesem Sinne sind wir offen gegenüber praktikablen Stufenmodellen, die für ausgewählte Tierarten je nach Höhe von Haltungsansprüchen und Haltungsrisiken zusätzliche Informationspflichten für Tierhaltende bis hin zu verpflichtenden Sachkundenachweisen und Fortbildungen bei zertifizierten Anbietern oder Amtstierärzten vorsehen.

*Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Exotenbörsen auf kommunalen Flächen einsetzen?*

Wir treten für eine strikte Kontrolle von derartigen Börsen ein. Viele Tierbörsen sind, wie auch zunehmend das Internet, durchaus ein Schauplatz für problematische Angebote, sowohl mit Blick auf illegale Wildfänge als auch mit Blick auf Qualzuchten. Eine sinnvolle Herangehensweise im Sinne des Tier- und Artenschutzes kann aber auch hier nur in der verstärkten Kontrolle von Tierbörsen liegen und nicht darin, Tierbörsen gänzlich zu verbieten und entsprechende Handels- und Tauschvorgänge in die undurchsichtigen Strukturen eines grauen Marktes abgleiten zu lassen.

*Zudem werden immer mehr exotische Tiere ausgesetzt. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Mittel für Tierheime aufstocken, damit diese Tiere artgerecht untergebracht werden können?*

Wir Bremer Freie Demokraten setzen uns für eine bedarfsgerechte Finanzierung unserer Tierheime ein.

*Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Wildtierhaltung im Zirkus einsetzen, zum Beispiel über eine Bundesratsinitiative?*

Wir freie Demokraten setzen uns für die artgerechte Haltung von Tieren ein. Für die Haltung von Tieren in reisenden Zirkussen braucht es bessere Kontrollen der Haltung und der Transportbedingungen. Diese Kontrollen gibt der Erlaubnisvorbehalt des Tierschutzgesetzes aich her.

*Strebt Ihre Partei eine Novellierung des Bremischen Landesjagdgesetzes an? Wenn ja, welche Änderungen möchten Sie vornehmen?*

Nein.

*Spricht sich Ihre Partei für eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes aus? Falls ja, welche Änderungen würden Sie vornehmen?*

Die Bremer FDP strebt keine Änderung des Bundesjagdgesetzes an.

*Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot des Haustierabschlusses aus?*

Grundsätzlich sind wir für eine weitestgehend Einschränkung des Haustierabschlusses. Zugleich muss die Möglichkeit erhalten bleiben, dass schwerverletzte Tiere einen „Gnadenschuss“ erhalten können.

*Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot besonders grausamer Jagdpraktiken (z.B. Fangjagd mit Totschlag- und Lebendfallen, Fangen und Töten von Tieren im befriedeten Bezirk, Baujagd, Jagdhundeausbildung an lebenden Tieren) aus und welche Maßnahmen wird sie ergreifen?*

Dies ist kein Thema, zu dem es in der Bremer FDP eine abschließende und differenzierte Meinungsbildung gegeben hat. Zugleich sind wir der Auffassung, dass besonders grausame Jagdpraktiken verboten werden sollten und Lebendfallen nur genutzt werden sollten, wenn sie in kürzesten Zeitabständen kontrolliert werden. Zudem können bestimmte Teile der Jagdhundeausbildung nur in der Realität geübt werden, dies sollte auf sinnvolle Praktiken beschränkt werden. Wir haben auch großen Vertrauen, dass die Jägerinnen und Jäger bei der Jagd verantwortungsvoll vorgehen und unnötige Qualen für die Tiere vermeiden.

Bei einer Überarbeitung des Jagdgesetzes würden wir die Themen in die Diskussion einbringen.

*Die Bremer Landesjägerschaft befürwortet den Abschuss von Wölfen. Spricht sich Ihre Partei für die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht aus?*

Auch wir sind der Ansicht, dass die Überführung des Wolfes ins Jagdrecht mit ganzjähriger Schonzeit die Vergrämung und erforderlichenfalls Tötung von „Problemwölfen“ erleichtern und den handelnden Personen Rechtssicherheit geben würde. Dies halten wir für nötig, weil wir die Bevölkerung vor „Problemwölfen“, schützen wollen.

*Spricht sich Ihre Partei für einen regelmäßigen Nachweis der Schießfertigkeit aus?*

Ja.

*Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Jagdfreistellung von Grundbesitz durch den Eigentümer deutlich vereinfacht wird und auch juristische Personen die Jagdfreistellung von Grundbesitz gemäß § 6a BJagdG beantragen können?*

Nein.

*Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die rechtswidrige Praktik, des Flugunfähigmachens von Zoovögeln konsequent unterbunden werden? Wie will sie das in Bremen umsetzen?*

Ja, denn dies ist nicht tiergerecht und stellt einen Verstoß gegen geltendes Tierschutzrecht dar.

*Wird ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die zoologischen Einrichtungen alle aktuellen Haltungsvorgaben vollumfänglich erfüllen?*

Ja.

*Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass alle zoologischen Einrichtungen nach §42 BNatSchG die naturschutzrechtlichen Vorschriften vollumfänglich erfüllen und entsprechend genehmigt werden oder anderenfalls konsequent geschlossen werden?*

Grundsätzlich stimmen wir der Forderung zu. Zugleich würden wir mit dem Zoo überlegen, ob kurzfristig eine Einhaltung der Vorschriften, beispielsweise durch Umbauten, erreicht werden kann. Dann würden wir Übergangslösungen akzeptieren.

*Wird sich Ihre Partei für das Vorankommen einer tierversuchsfreien Forschung (Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch) einsetzen? Wenn ja, wie?*

Ja, denn Tierversuche sind auf das minimal erforderliche Maß zu beschränken. Sie sind nur zuzulassen, wenn die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht anders gewonnen werden können und ein nachgewiesenes Erkenntnisinteresse besteht. In jedem Fall muss die jeweils zuständige Ethikkommission die Versuche billigen.

*Wird sich Ihre Partei für ein tierverbrauchs-/tierversuchsfreies Studium einsetzen und wenn ja, wie?*

Ja, wir sind der Auffassung, dass es möglich sein muss alle Studienabschlüsse ohne Tierversuche zu erreichen. Dazu sind die Prüfungsordnungen erforderlichenfalls anzupassen. Dies lässt sich nur über entsprechende Zielvereinbarungen mit den Hochschulen erreichen.

*Welche tierschutzrelevanten Themen – außer den bereits angesprochenen – sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig, und welche Initiativen werden Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?*

Wir wenden uns gegen Rasselisten, die die Haltung bestimmter Hunderassen in Bremen verbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass Halterinnen und Halter ihre Eignung nachweisen müssen.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Magnus Buhlert, MdBB